

geführt haben, fortsetzen, sondern sie jetzt auf ganz konkrete Fragestellungen einengen.

Ich bitte zunächst Herrn Bubis, zu uns zu sprechen. Danach bitte ich – wenn es geht – Frau Dr. Brzosko-Medryk, zu uns zu sprechen. Und dann wird Herr Simon aus seiner Sicht zu dem Fragenkatalog Stellung nehmen, und zum Schluß bitte ich dann Herrn Dr. Durand.

Ignatz Bubis: Vielen Dank Herr Vergin. Ich will versuchen, mich kurz zu den einzelnen Punkten des Fragenkatalogs, zu dem ich bisher schriftlich nicht Stellung genommen habe, zu äußern.

Ich möchte vorausschicken, daß die Aufarbeitung bzw. die Beschäftigung mit der Zeit des Nationalsozialismus relativ spät eingesetzt hat, und ich erinnere mich, daß vor nicht allzulanger Zeit es Stimmen gegeben hat, die gemeint haben, wir sollten uns auch nicht mit der SED beschäftigen. Es hat Stimmen gegeben, die gemeint haben, man sollte die Akten der Gauck-Behörde möglichst zuschütten, um zur Tagesordnung überzugehen. Ich habe mich sehr deutlich dazu geäußert und habe dabei ausgeführt, daß man den gleichen Fehler, den man nach 1945 gemacht hat, jetzt nicht machen darf und das Geschehene einfach unter den Teppich kehren mit Amnestien und Ähnlichem mehr. Ich sage das deshalb eingangs, weil vielleicht aus meinen späteren Ausführungen eine Differenzierung vorgenommen werden wird, aber ich stehe nach wie vor dazu, daß das, was der Herr Dr. Knigge mit stalinistischer Entnazifizierung gemeint hat, und ich würde noch ein, zwei Worte dazu hinzufügen, die heute jedermann bekannt sind, mit willigen Helfern, denn auch das hat es gegeben, Stalins willige Helfer auch im SED-Bereich, daß ich absolut für eine Aufklärung und entsprechende Würdigung dieser Geschichte eintrete. Das wollte ich eingangs nur betont haben.

Und jetzt zum Thema: Da heißt es, in absehbarer Zeit wird es keine Zeitzeugen geben, die aus persönlicher Erfahrung über die nationalsozialistischen Konzentrationslager bzw. die sowjetischen Speziallager berichten können, und was bedeutet das für die Arbeit der Gedenkstätten. Das bedeutet, daß man versuchen kann und versuchen muß, das Versäumte möglichst nachzuholen, und zwar gerade was die Speziallager angeht, nicht so viel Zeit verstreichen zu lassen, wie es seinerzeit geschehen ist, und die Aufklärung beider Epochen deutscher Geschichte, die sehr eng nebeneinander liegen, eine unbedingte Aufgabe ist, die schnell gemacht werden muß. Mit schnell meine ich nicht etwa schnell schnell, sondern auch gründlich. Schnellstens und gründlich muß diese Arbeit gemacht werden. Zu dem zweiten Punkt, ob die Gestaltung der Mahnmale in den Gedenkstätten einer würdigen Erinnerung an die Opfer gerecht wird, und ich will mich hier schwerpunktmäßig nicht unbedingt nur auf die jüdischen Opfer beziehen, sondern generell auf die Opfer der Zeit des Nationalsozialismus, will ich hier etwas sagen. Für viele ist möglicherweise manches nicht so geläufig und bekannt. Bekannt sind die Hauptvernichtungslager, die Hauptzwangsarbeitslager, die Konzentrationslager, diese Begriffe gibt es und die sind bekannt, und wenn man jemand fragen würde, wie viele gab es davon,

dann wird es unterschiedliche Aussagen geben. Manche werden sagen, bestimmt an die 50, manche werden sagen, es muß wohl 100 gegeben haben. Aber tatsächlich hat es, wenn ich die internierten Menschen in Zwangsarbeitslagern, die zugleich Zwangsarbeit verrichtet haben, in Betrieben und ich spreche nur vom Gebiet des Reiches, des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1944, 1944 gab es im damaligen Deutschland 38.000 Zwangsarbeitslager, die weitestgehend unbekannt sind, mit zwar zum Teil wenigen kleinen Gruppen, aber immerhin waren dort insgesamt knapp 6 Millionen Menschen interniert, die Zwangsarbeit verrichtet haben. Normalerweise, wenn man dem allen gerecht werden will, dann ist das gar nicht möglich, aber es haben sich auch viele Kommunen davor zurückgehalten, ich will nicht sagen gedrückt, aber sie haben es mit größter Zurückhaltung geübt, daß man an solchen Orten irgendwelche Gedenkstätten eingerichtet hat. Wenn ich von den knapp 6 Millionen spreche, so waren das hauptsächlich Polen, Russen, Ukrainer, aber nicht nur, auch aus westlichen Ländern und hier spreche ich gar nicht einmal die jüdischen Häftlinge an. Und darunter sind auch nicht enthalten die Kriegsgefangenenlager, in denen weitere Millionen von Menschen da waren und auch zu einem großen Teil Zwangsarbeit verrichten mußten. Dem allen gerecht zu werden ist nicht möglich. Weitestgehend ist die Bundesrepublik dem nachgekommen, indem zumindest die zentralen Gedenkstätten wie zum Beispiel Bergen-Belsen, Dachau, man könnte jetzt eine ganze Reihe aufzählen, wo man sich damit tatsächlich beschäftigt hat und versucht hat, teilweise früher, dem nachzukommen und es geschah in einer würdigen Form. Im Gegensatz dazu war es in der ehemaligen DDR mehr oder weniger eine Unterscheidung zwischen faschistisch und antifaschistisch. Da gab es nur diesen einen Begriff, aus welchen Gründen auch immer. Der Begriff des Nationalsozialismus hat keine Rolle gespielt in der ehemaligen DDR, alles was nicht anti oder alles was antikommunistisch war, genügte, um es in die Kategorie des Faschismus zu stecken. Und es gab nur diese zwei Begriffe, Faschismus und Antifaschismus. Ich will mich jetzt nicht auslassen über die einzelnen Begriffe, aber auf diese Weise ist vieles versäumt worden und auch der jüdische Aspekt, wenn überhaupt vom ermordeten Judentum gesprochen wurde, da hieß es immer mit dem Zusatz antifaschistische jüdische Gruppen. Also das war so das Kennzeichen. Erfreulicherweise ist gleich nach der deutschen Einheit damit begonnen worden, mit der Aufarbeitung dieser Geschichte und das war nicht nur in Deutschland so, das war in Polen nicht viel anders. Das Wort Jude kam in der Zeit des Kommunismus in Auschwitz kaum vor. Auch dort gab es den Faschismus und Antifaschismus. Deshalb ist es wichtig, heute daran zu erinnern. Es ist gar nicht möglich, dem gerecht zu werden, wenn man an den Umfang des Geschehenen denkt, aber es ist eine ganze Menge geschehen und es ist wichtig, daß das jetzt nachgeholt wird, und dazu zählt für mich auch die Aufarbeitung der Geschichte der Speziallager.

Jetzt komme ich zu dem nächsten Punkt. Die verschiedenen Gedenkstätten erinnern sowohl an die Zeit der nationalsozialistischen Konzentrationslager wie an die sowjetischen Speziallager Buchenwald, Sachsenhausen. Und ob wir ei-

ne Zusammenarbeit der Opfergruppen beider Zeiten in der Bildungsarbeit der Gedenkstätten zukünftig für möglich und wünschenswert halten. Das ist aus meiner Sicht etwas problematisch. Meine Befürchtung ist, daß bei einer gemeinsamen Aufarbeitung und bei einer gemeinsamen Bildungsarbeit wir sehr schnell zu einer gegenseitigen Aufhebung der jeweiligen Epoche kommen und versuchen, das eine mit dem anderen zu vermengen und zu entschuldigen und zu erklären bzw. aufzureihen. Deshalb halte ich eine parallele Arbeit jedes auf seinem Gebiet für sinnvoll, wobei sich sicherlich da und dort Gemeinsamkeiten ergeben werden, denn letztendlich bleibt Terror Terror, aber es würden dabei die Ursache und die Wirkung verloren gehen. Ich möchte dabei nicht etwa einen Terror gegenüber dem anderen verharmlosen. Nur es sind doch unterschiedliche Akzente sehr wohl zu setzen, und ich komme nachher auch noch mal darauf zurück, wie ich das meine. Ich komme dazu unter dem letzten Punkt, unter dem Punkt 5 werde ich dazu kommen.

Welche Bedeutung haben zukünftig Gedenkstätten in Deutschland meiner Meinung nach auch für die Nachbarländer Deutschlands. Da kann ich nur versuchen, das zu beurteilen aus der Kenntnis heraus. Was ich immer im Ausland gehört habe, war: Wieso beschäftigen sich nur die Opfer bzw. die Nachkommen der Opfer mit dem Gedenken und nicht auch die nachkommende Generation der Täter? Nicht jetzt weil sie Täter waren, sondern weil es ihre Väter waren oder ihre Großväter, warum beschäftigen sie sich nicht damit, sondern nur die Opfer der eigenen Leute gedenken, und ich habe dafür auch ein gewisses Verständnis. Mancherorts ist es inzwischen auch anders als zu Beginn und ich will ein Beispiel sagen und das macht schon einiges deutlich. In Frankfurt am Main wurden bis vor 5 Jahren die Gedenkfeiern zum 9. November von der jüdischen Gemeinde veranstaltet. Die Gedenkfeiern zum 9. November 1938. Seit einigen Jahren macht auch die Stadt Frankfurt eine Gedenkstunde. Letztendlich waren diese niedergebrannten Synagogen, und ich sage das nur als ein Beispiel, ein Teil Deutschlands und ein Teil der deutschen Geschichte. Und deshalb wird im Ausland oft die Frage gestellt, wieso müssen die Opfer dessen gedenken, und es wird eine weitergehende Frage sehr oft im Ausland gestellt: Wieso wird Gedenken mit Schuld vermischt und vermengt? Gedenken dessen, was geschehen ist, heißt doch eigentlich geschichtliche Konsequenzen für heute und morgen zu ziehen. Das kann doch nicht bedeuten, wenn ich einer Sache gedenke, daß ich mich damit identifiziere oder daß ich deshalb auf mich eine Schuld nehmen muß, und dieses wird im Ausland nicht verstanden. Ich zitiere sehr oft den früheren Staatspräsidenten, den französischen Staatspräsidenten Auriol, der einmal, als er eine Gruppe Schüler aus Deutschland empfangen hat, in den 50er Jahren, und da wurde er von den Schülern gefragt, wie lange würden Franzosen brauchen, um die Untaten des Nationalsozialismus zu vergessen. Und seine Antwort lautete: „Wir können es vergessen, wenn Sie es nicht vergessen werden.“ Und ich halte das für eine sehr gescheite Antwort, weil man sich mit der Geschichte beschäftigen muß. Wir vergessen ja auch nicht den 30jährigen Krieg und wir vergessen nicht Bismarck und wir vergessen nicht Kaiser Wilhelm, aber Hitler wollen wir vergessen und Himmler

wollen wir vergessen. Und das kann doch wohl nicht sein. Aber nicht vergessen, heißt doch nicht, wenn ich jemandem sage, wenn ich heute einem jungen Menschen sage, was damals geschehen ist und da kommt die Gegenfrage, was habe ich damit zu tun, oder ich bin doch nicht schuldig, warum willst Du Dich nicht mit mir versöhnen, ich frage dann zurück: Haben wir zwei einen Grund uns zu versöhnen? Ich habe Dir nichts getan und Du hast mir nichts getan. Ich brauche mich mit Dir nicht zu versöhnen. Mit dem Täter, das wird eine Mentalitätsfrage sein, ob ich mich mit dem Täter versöhnen kann, das ist meine persönliche Entscheidung. Mit dem Mörder meines Vaters kann ich mich nicht versöhnen. Das hätte nur eine Entscheidung meines Vaters sein können, nicht meine Entscheidung. Aber mit demjenigen, der nicht schuldig geworden ist, das ist etwas ganz anderes, mit dem brauche ich mich nicht zu versöhnen, dann kann ich allenfalls Ältere fragen: Hast Du seinerzeit genug dagegen getan? Und um diese Frage nicht später stellen zu müssen, meine ich, daß es dazu die Gedenkstätten bedarf, und zwar aller Gedenkstätten. Und das, muß ich sagen, wird auch in den Nachbarländern Deutschlands und hauptsächlich in den Ländern, die unter deutscher Besatzung gelitten haben, aber nicht nur dort, auch in anderen Ländern wird das erwartet. Und jetzt komme ich zu dem wichtigen Punkt, ob ich die gesamtdeutsche Form der Erinnerung an die beiden Diktaturen in Deutschland und deren Opfer für möglich halte und ob dabei eine Formel als Leitlinie akzeptiert werden könnte. Jetzt zitiere ich „NS-Verbrechen dürfen nicht durch Auseinandersetzung mit dem Geschehen der Nachkriegszeit relativiert werden, das Unrecht der Nachkriegszeit darf aber nicht mit dem Hinweis auf die NS-Verbrechen bagatellisiert werden.“ Dem kann ich nur zustimmen. Denn Verbrechen bleiben Verbrechen. Ich will sie nicht vermengen, aber man darf das eine als Ursache für das andere deshalb nicht bagatellisieren, obwohl, wie vorhin schon erwähnt wurde, letztendlich hätte es hier keine sowjetische Besatzungsmacht gegeben und keine willigen Helfer, wenn es die Zeit des Nationalsozialismus nicht gegeben hätte, aber das heißt nicht, daß die Untaten dieser Besatzungsmacht bagatellisiert, verniedlicht oder in Vergessenheit geraten sollen. Und hier komme ich eigentlich zu dem, was ich zu der Gemeinsamkeit sagen möchte. Eine gleichsetzende Vermengung von der nationalsozialistischen Terrorherrschaft mit dem nach 1945 praktizierten totalitären Unterdrückungs- und Verfolgungsregime kann es nicht geben und darf es nicht geben, denn, ich sagte es schon, es gibt Ursachen und Wirkung, aber ich betone nochmals, ohne die anderen Verbrechen zu bagatellisieren. Ich will jetzt mal auf die Speziallager kommen. Ich glaube, ich brauche mich nicht über die Lager der Zeit des Nationalsozialismus auszulassen. Hier hat es auch von keiner Seite, zumindest solange ich da war, irgend eine Relativierung oder Negierung dessen gegeben. Jedenfalls ich habe es nicht gehört in der Zeit, in der ich da war. Deshalb will ich darauf gar nicht eingehen. Aber in den Speziallagern hat es unterschiedliche Gruppierungen gegeben. Frühere Täter, Mitläufer, Verfolgte. Ich würde so unter diesen drei Gruppen subsumieren wollen. Ich will auch nicht auf Prozentsätze eingehen, ob es so viele oder so viele waren, weil ich von Spielen mit Zahlen wenig halte. Da kommt es nicht darauf an, ob 25 % oder 40 % von dieser oder jener Gruppe waren. Jeder einzelne ist

ein einzelnes Opfer. Bei der Behandlung der Opfer, und hier komme ich schon zu einer ganz anderen Sache und das war diese stalinistische Entnazifizierung, muß ich auch berücksichtigen, daß selbst unter denjenigen, die meinerwegen als Mitläufer oder Mitwisser oder was immer anzusehen waren, die Bestrafung eben auf eine stalinistische Art erfolgte, und deshalb ist für mich jeder, auch wenn er früher ein Mitläufer, ein Nazi war, wenn er deshalb umgebracht wurde, obwohl er keine Menschen auf dem Gewissen oder kein todeswürdiges Verbrechen begangen hat und dennoch ermordet wurde, auch damit muß ich mich auseinandersetzen, denn auch er wurde im nachhinein zum Opfer, auch wenn er früher unter zu einer abgestuften Gruppe der Täter gehört haben sollte. Aber die Verbrechen, und das hat der Zentralrat bei einer Anhörung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, am 7. März 1994 in der Gedenkstätte Sachsenhausen war das, haben wir folgendes formuliert: „Die NS-Verbrechen dürfen weder durch die Verbrechen des Stalinismus relativiert noch die Verbrechen des Stalinismus mit dem Hinweis auf die NS-Verbrechen bagatellisiert werden.“ Das ist auch der Satz, unter dem wir uns verstehen. Im Bewußtsein dessen, daß die stalinistischen Verbrechen auch für viele Gefangene in den Sonderlagern grausame Auswirkungen hatten. Ich spreche hier von überzogenen Urteilen und von Terror. Deshalb sprach sich der Zentralrat für Gedenk-konzepte aus, mit einer deutlichen Abgrenzung aber beides in der jeweiligen Form darstellbar, und ich will jetzt nicht in Einzelheiten eingehen, an welcher Stelle und in welcher Form. Dazu hat der Stiftungsrat, und das hat der Minister schon gesagt, neben dem Stiftungsrat ein Kuratorium aus Wissenschaftlern bestehend, aus guten Grund aus Wissenschaftlern bestehend, eingesetzt, denn ich vertrete noch einen anderen Standpunkt. Historiker müssen ohne Emotionen herangehen. Ich persönlich kann an die Geschichtsforschung nicht ohne Emotionen herangehen und viele von uns können nicht ohne Emotionen herangehen. Wenn es um eine geschichtliche Aufarbeitung geht, können wir nur Wissenschaftler gebrauchen, die ohne Emotionen, wegen der historischen Wahrheit ohne Emotionen herangehen müssen. Und ich glaube, daß das Kuratorium, das hier eingesetzt wurde, über jeden Zweifel erhaben ist, und ich möchte an dieser Stelle sehr deutlich Herrn Dr. Knigge für seine Arbeit meine Hochachtung, meine persönliche Anerkennung für seine Arbeit zum Ausdruck bringen. Gerade weil so viel darüber diskutiert wurde. Das hat nichts damit zu tun, daß es unterschiedliche Meinungen geben kann, wo der Ort sein soll, in welcher Form. Damit muß man sich beschäftigen, aber das kann nicht die Aufgabe der Gruppen selbst sein, aber natürlich unter Einbeziehung der Gruppen. Man kann nicht Mahnmale, Gedenkstätten für die ermordeten Juden an den Juden vorbei errichten, genausowenig, wie man an den Opfern der Speziallager vorbei so etwas gestalten kann. Da kann ich nur an die Beteiligten appellieren, auch wenn ich ausdrücklich gegen eine Gemeinsamkeit bin, denn das schließt eine Zusammenarbeit in vielen Bereichen nicht aus und wir arbeiten zusammen mit vielen Gruppierungen, sich nicht durch Emotionen zu Übertreibungen und überzogenen Forderungen verleiten zu lassen, wobei ich sagen muß, daß es eigentlich keine überzogenen Forderungen geben kann. Vielleicht war das mit überzogenen Forderungen schon ein falscher Ausdruck. Aber die Zusam-

menarbeit, die halte ich für ganz wichtig. Genau so wie ich von einer Vermengung nichts halte.

[Beifall]

Vorsitzender Siegfried Vergin: Herzlichen Dank, aber ich bin ein genauer Aufpasser, ich hätte gern noch von Ihnen zur 6. Frage, weil das die ist, die dick schwarz gedruckt ist, eine Antwort.

Ignatz Bubis: Die Empfehlung für die Enquete-Kommission „Überwindung der SED im Prozeß der deutschen Einheit“? Ich kann keine geben. Ich habe deutlich gesagt, es muß wissenschaftlich aufgearbeitet werden und das muß geschehen, es darf nicht in den Schubfächern verschwinden. Das hat sich eigentlich bei allen Punkten, glaube ich, in jedem, zu allem, was ich gesagt habe, muß das deutlich erkennbar geworden sein. Ich hatte ja schon damit eingeleitet, daß man nicht den gleichen Fehler machen darf, den man nach 1945 gemacht hat, indem man das sich damit am liebsten nicht beschäftigen wollte. Man muß sich damit beschäftigen und man darf die Gauck-Akten nicht einfach unter Verschuß nehmen, sondern sie müssen gründlich aufgearbeitet werden und dazu gehört das Aufarbeiten der ganzen Geschichte. Einzelempfehlungen, nun mach mal das da und mach mal das dort, da bin ich nicht Fachmann genug.

Vorsitzender Siegfried Vergin: Vielen Dank, Herr Bubis. Die Zusammenfassung mußten Sie selbst geben, denn sonst hätten wir bei der Frage 6 etwas 'reinschreiben müssen. Wir hatten ja beide vereinbart, daß Sie Ihren Text hier heute mündlich hereintragen.

Frau Danuta Brzosko-Medryk, ich habe zunächst etwas nachzutragen. Ich glaube, es ist wichtig, daß ich das mache. Im September 1989 hat die Stadt Aachen unserer Frau Brzosko-Medryk den Friedenspreis verliehen, und ich glaube, das müssen wir hier heute erwähnen. Das ist eine Auszeichnung, die eben doch sagt, welche Konsequenzen Sie aus der Frage der Aufarbeitung der Folgen aus Diktatur gezogen haben, nämlich für den Frieden zu arbeiten und für die Freiheit in Ihrem Lande. Und das hat die Stadt Aachen damit zum Ausdruck gebracht. Es liegt uns jetzt in der Kommission ein erstes Exemplar der Beantwortung der Fragen vor. Und wir haben das Problem, daß alles übersetzt werden muß. Deswegen würde ich Sie jetzt bitten, Frau Brzosko-Medryk, daß Sie vielleicht aus dem, was Sie geschrieben haben, uns mal die wichtigsten Punkte benennen, die Sie für notwendig halten, damit die Teilnehmer dieser Veranstaltung wissen, wohin Ihre Botschaft geht. Welche Botschaft geben Sie an uns?

Dr. Danuta Brzosko-Medryk: Sehr geehrte Damen und Herren. Über drei Jahre war ich Häftling in den Konzentrationslagern Majdanek, Ravensbrück und Buchenwald. Ich wurde zum erstenmal verhaftet schon 1940, weil ich meine Abiturprüfung ablegen wollte, da diese Ausbildung in der Mittelschule in Polen für die Polen von den Okkupanten verboten war. In der gleichen Zeit, wo ich als Gefangene in dem Außenlager von Buchenwald Leipzig war, wurde

mein Vater durch ein Gericht in Nordhausen zum Tode verurteilt. Also meine Antworten auf die Fragen der Kommission, die sind sehr emotional beeinflusst. Ich bin aber gleichzeitig Mitglied des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos. Ich bin die Vertreterin nicht nur von meiner Nation, sondern der 26.000 Frauen, die in dem Konzentrationslager Buchenwald in Haft waren.

Und als Mitglied des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora möchte ich jetzt das Wort an den Präsidenten des Internationalen Komitees Dora übergeben, da ich hinter seinen Worten oder den beschlossenen von dem Internationalen Lagerkomitee Buchenwald stehe.

Vorsitzender Siegfried Vergin: Vielen Dank. Trotzdem gebe ich das Wort jetzt noch nicht weiter an Herrn Dr. Durand, sondern wende mich zunächst mal an Herrn Dr. Simon. Wir haben das so abgesprochen. Das ist jetzt keine Zurückweisung des weitergegebenen Wortes, sondern wir haben vereinbart, daß Herr Dr. Durand zum Schluß spricht.

Herr Dr. Simon, ich habe Sie kurz vorgestellt. Sie unterscheiden sich von allen anderen hier, da Sie erst nach 1945 geboren wurden, in der DDR aufgewachsen sind und dort also zunächst das ganze Gedenkstätten Thema aus der Sicht eines jungen DDR-Bürgers erlebt haben. Und heute sind Sie Direktor einer neukonzipierten Ausstellung in der Neuen Synagoge Berlin, Centrum Judaicum. Das heißt, Sie sind jetzt schon mitten drin in der Arbeit, über die wir uns in der Kommission vom Grundsatz her noch äußern wollen. Und darum sind wir sehr gespannt darauf, was Sie uns für Empfehlungen geben werden.

Dr. Hermann Simon: Ich glaube, ich bin nicht hier, um Ihnen hier allen Empfehlungen zu geben, denn wir sagen bei uns immer: mit Ratschlägen bin ich versorgt. Aber hier ist häufig auch von Biographien die Rede. Von Lebensläufen, die – und da stimme ich Herrn Knigge zu – am Tage der Geburt eines jeden Menschen beginnen und nicht später, sondern da fängt das Leben an und dann verläuft es irgendwie. Ich will mich auch nicht im einzelnen zu dem Fragenkatalog äußern – ich glaube, das hat Herr Bubis, der Vorsitzende des Zentralrates hinlänglich getan, – und es wäre müßig zu sagen: das sehe ich auch so, das sehe ich ähnlich, oder in einem Punkt bin ich vielleicht anderer Meinung. Ich möchte eine persönliche Bemerkung machen. Sie sagten, ich gehöre also der nächsten Generation an – ich bin Jahrgang 1949 – und aus Anlaß meiner Bar Mizwa, der Einsegnung wie man so sagt, als „Einsegnungsgeschenk“ war ich – wenn ich mich recht erinnere – 1962 erstmals in meinem Leben mit meinen Eltern und mit meiner drei Jahre jüngeren Schwester in Weimar, um die Stätten der deutschen Klassik kennenzulernen. Ein Besuch der Gedenkstätte Buchenwald kam aus Sicht meiner Eltern nicht in Frage. „Das ist nichts für uns“, sagte mein Vater damals, „sollen mal die anderen“. Meine Mutter stimmte dem zu und dabei blieb es. Etwa fünf Jahre später besuchte meine Schulklasse, es war damals der ganze Jahrgang meiner Schule, im Rahmen des Deutschunterrichtes Weimar.

Diesmal gehörte der Besuch der Gedenkstätte Buchenwald ja dazu. Ich war, mit manchen anderen und das waren bei weitem nicht alle, ergriffen vom Ort, von der Authentizität des Ortes. Von den echten Holzpritschen, von den Orten der Hinrichtung usw. Daß diese Holzpritschen nicht echt sein könnten, darauf kam ich gar nicht erst. An ein Gefühl von jener Zeit erinnere ich mich deutlich – und es ist ja schwierig sich an Gefühle zu erinnern – auch wir Historiker, lieber Herr Bubis, haben natürlich unsere Gefühle. Sie stellen sich zumindest ein, wenn wir uns mit diesen Dingen beschäftigen, das ist dann manchmal unser Problem. Aber an ein Gefühl erinnere ich mich deutlich. Es war eben, wie mein Vater fünf Jahre zuvor sagte, nichts für uns, aber aus einem anderen Grund. Wir kamen nämlich so gut wie nicht vor. Jedenfalls nicht in dieser Ausstellung des Jahres 1967 oder 1966. Wir waren aus heutiger Sicht Betroffene eines Konzeptes, in dem Juden als Juden keine Rollen spielten. Daß die Speziallager, von deren Existenz ich wußte, deren Terminus ich aber nicht kannte, mit keiner Silbe erwähnt wurden, störte mich, aber es war niemand, mit dem ich darüber sprechen konnte. Von der Existenz dieser Lager wußte ich. Nach nunmehr fast 35 Jahren – also auch wir werden älter – habe ich eine neue Ausstellung heute gesehen. Zu kurz, aber die Zeit ist immer zu kurz, wenn man sich Ausstellungen ansieht, aber ausreichend, um zu sagen: eine Ausstellung, die mich zutiefst beeindruckt hat, weil hier sowohl Ort als auch sachliche historische Darstellung – eine ausgewogene wie ich glaube – miteinander verbunden werden. Ich bin hier als lernender ehemaliger DDR-Bürger durchgegangen, mit der Bereitschaft zu lernen und habe gelernt. Meine Damen und Herren, in wenigen Jahren überschreiten wir die Jahrtausendgrenze. Wir haben uns dann an Verbrechen zu erinnern, die im ersten Drittel eines vergangenen Jahrhunderts stattgefunden haben. Das ist wichtig, das haben wir zu berücksichtigen und ich halte dieses Jahr 2000, ich halte diese Zahl, für ein entscheidendes Datum. Um so wichtiger ist es, daß wir hier und heute mit den Überlebenden, mit den Zeitzeugen der einen wie der anderen Geschichte sprechen und dies nach Möglichkeit doch friedlich miteinander tun.

In 5 bzw. 6 Jahren sind meine Töchter soweit, daß ich aus Anlaß ihrer Bar Mizwa mit ihnen nach Weimar fahren werde. Wir werden uns Buchenwald ansehen, weil es uns ja angeht, weil es auch für uns und zugleich nicht nur für uns ist, dies allerdings nur dann, wenn die Geschichte dieses Ortes, die doppelte Geschichte, klar dargestellt wird, die Dinge voneinander geschieden sind. Es geht – wie Sie vorhin sagten – um die unterschiedliche Akzentsetzung. Das Leben, die Biographie eines Menschen fängt mit seiner Geburt an. Der Oberbegriff der doppelten Vergangenheit ist deutsche Geschichte.

[Beifall]

Dr. Pierre Durand: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Minister, meine Damen und Herren. Ich werde nicht Deutsch sprechen, es wäre für mich noch schwerer als im allgemeinen, weil ich kaum sprechen kann. Es ist zu Ihrem Vorteil, ich werde kurz sprechen.

[Aus dem Französischen übersetzt durch eine Dolmetscherin]

Ich möchte zuallererst auf das eingehen, was der Herr Minister Schuchardt eingangs gesagt hat, indem er froh darüber war, daß das Verfahren gegen den Herrn Direktor Knigge eingestellt worden ist. Diese Verfolgungen waren einerseits lächerlich und andererseits hassenswert und sie zeigen, daß die Feinde der Demokratie hier – und darum handelte es sich – in diesem Land wie in anderen Ländern immer noch agieren können. Um auf das Thema der heutigen Sitzung zu kommen, muß ich sagen, daß wir, als wir die Einladung zu der Sitzung dieser Enquete-Kommission erhalten haben, etwas erstaunt waren. So sehr wir auch zufrieden darüber waren, daß die Vertreter der deutsch-jüdischen Gemeinschaft hier zu Wort kommen, so sehr hat es verwundert, daß die Vertreter der deutschen Sinti und Roma, die ebenfalls Opfer des Genozids geworden sind, hier nicht zu Wort kommen. Es war für uns ein bißchen seltsam, daß man uns darüber befragt, uns die Masse der Deportierten, die Masse derer, die im Konzentrationslager Buchenwald gelebt haben sowie in Dora und in allen Außenkommandos von Buchenwald. Und vielleicht gibt es eine leichte Tendenz, Dora und diese Außenkommandos hier zu vergessen. Wir waren also etwas erstaunt darüber, daß man uns bittet, Stellung zu nehmen zur SED, die 1945 noch nicht existierte, als wir befreit worden sind. Dennoch haben wir natürlich Ihre Arbeit sehr ernst genommen. Wir sind uns der Tatsache bewußt, daß es sich um eine bedeutende europäische Frage handelt. Und wir sind der Überzeugung, daß Deutschland im allgemeinen, daß die deutschen Behörden, die deutschen Institutionen und die Bürger Deutschlands diese Frage ernst nehmen. Die Zufälle des Kalenders haben es so gefügt, daß wir eine Sitzung des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos in Frankreich Ende September hatten. Wir haben auf dieser Sitzung über die von der Enquete-Kommission gestellten Fragen diskutiert. Und wir haben uns alle auf eine Deklaration, auf eine Position geeinigt, die Ihnen bekannt gegeben wird im Anschluß an das, was ich jetzt sage. Diese Erklärung ist nicht die Ansicht einer einzelnen Person, sondern wurde einstimmig von den Vertretern aus über 20 Ländern bzw. genauer: den Vertretern von Überlebenden des Konzentrationslagers Buchenwald, Dora und der Kommandos aus über 20 Ländern der Welt angenommen. Von Kanada bis nach Norwegen, von Israel bis Dänemark hat sich die Gemeinschaft der Opfer des nazistischen Lagers Buchenwald getroffen und stimmt mit dem folgenden Text überein: Ohne eine Unterscheidung zwischen Nationen zu machen, ohne eine Unterscheidung nach Religionen und nach politischen Standpunkten vorzunehmen, will unsere Botschaft klar sein, aber auch einen brüderlichen Charakter gegenüber dem deutschen Volk haben, denn wir sind der Ansicht, daß wenn man aufrichtig die Lektionen, die Lehren aus der Vergangenheit zieht, dann dient man am besten seinem Land. Ich werde jetzt den Text der Erklärung in deutscher Sprache verlesen und ich bitte Sie, aufmerksam zuzuhören, denn es handelt sich hierbei um eines der Probleme, die den Ruf Deutschlands und die Ehre Deutschlands im Ausland betreffen.

„Antworten auf die Fragen der Enquete-Kommission für die Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit.

Vorbemerkung:

1. Bezüglich der Form: Diese Tatsache, daß die ehemaligen Häftlinge des nazistischen Konzentrationslagers Buchenwald in diese Untersuchung einbezogen werden, überrascht uns. Das Internationale Komitee Buchenwald-Dora und Kommandos mischt sich grundsätzlich nicht in die innerdeutschen Angelegenheiten ein, ebensowenig wie in die Angelegenheiten der anderen Länder, zu denen die Häftlinge gehören. Wir sind der Ansicht, daß diese Kommission kein Recht hat, sich in die inneren Angelegenheiten der ehemaligen Häftlinge einzumischen und somit die nach Verhandlungen von der Historikerkommission getroffenen Entscheidungen in Frage zu stellen, die von den Behörden des Bundes und des Landes akzeptiert worden sind. Es ist weiterhin erwiesen, daß die Internierung in diesen Lagern nach dem Krieg auf das Potsdamer Abkommen zurückgeht.
2. Bezüglich des Inhalts: Die nazistischen Konzentrationslager Buchenwald, Dora und Kommandos stellen keine rein deutsche Angelegenheit dar, obwohl sie auf deutschem Gebiet liegen und der Gesetzgebung dieses Landes unterstellt sind. Es handelte sich um internationale Gebilde, in denen deutsche Häftlinge während des 2. Weltkrieges nur eine Minderheit, die ausländischen Häftlinge aber die Mehrheit darstellten. Es ist demzufolge nicht statthaft, heute zu versuchen, sie in eine Diskussion zu verwickeln, die allein Deutschland angeht. Diese Einbeziehung betrifft – und das geht schon aus dem Titel der Enquete-Kommission hervor – eine politische Situation, die nicht in den Bereich der internationalen Häftlingsgemeinschaft nazistischer Lager gehört. So werden sie mit denen gleichgestellt, die an den gleichen Orten aufgrund von Beschlüssen der Alliierten nach Kriegsende interniert worden sind. Diese Haltung wird einstimmig von allen internationalen und nationalen Organisationen ehemaliger Häftlinge und Deportierter verurteilt, worauf sich ein dem Europäischen Parlament unterbreitetes Memorandum bezieht.

Das Europäische Parlament hat am 5. Februar 1993 fast einstimmig und mit Zustimmung durch alle deutschen politischen Parteien festgestellt, daß es 'jede willkürliche Vermischung der nazistischen Lager mit deren möglichen Nutzung nach dem Krieg' ablehnt. Weiterhin wurden 'die Mitgliedsstaaten, der Rat und die Kommission aufgefordert, alle Initiativen auch finanziell zu unterstützen, die das Ziel haben, die Bedeutung der nazistischen Konzentrationslager in ihrer Spezifik zu erhalten und sie unter europäischen und internationalen Schutz zu stellen'. Die gleiche Resolution 'hält es für wünschenswert, alle Gesetze oder Anordnungen zu erfassen, die in den Mitgliedsländern dazu dienen, Neonazismus, Rassismus und Menschenhaß in allen ihren Formen zu bekämpfen, und besteht auf der Verpflichtung, die der Kommission, dem Rat und dem Europäischen Parlament als Unterzeichner der feierlichen Erklärung gegen Rassismus und Menschenhaß zukommt bei dem Einsatz aller Mittel zur Bekämpfung jeder neonazistischen Äußerung in der Gemeinschaft sowie aller

Versuche, die historische Realität der Extermination in den Lagern anzugreifen'.

Zu den Fragen der Enquete-Kommission:

Zur Frage 1.:

Wir fordern die vollständige Einhaltung der Empfehlungen des Europäischen Parlamentes.

Zur Frage 2.:

Die Gedenkstätte Buchenwald entspricht diesen Empfehlungen im wesentlichen. Es ist logisch, daß sie nicht in dem entsprechenden Bereich durch den Hinweis auf die Internierung von Nazis und ihren Helfern nach dem Krieg beschmutzt werden darf. Die Toten haben natürlich das Recht auf eine entsprechende Ruhestätte so wie wir das von Anfang an gesagt haben. Wenn es unberechtigte Internierungen gegeben hat, dann soll Gerechtigkeit geschaffen werden. Aber dem nazistischen Wüten darf kein Alibi geschaffen werden.

Zur Frage 3.:

Es ist klar, daß es zwischen uns und den Verteidigern unserer Henker keine wie auch immer geartete Zusammenarbeit geben kann. Die Idee an sich ist schon merkwürdig. Etwas derartig Ungeheuerliches würde es weder in Oradour noch in Lidice geben, um nur diese zwei Beispiele zu nennen.

Zur Frage 4.:

Die Achtung vor den Orten nazistischer Konzentrationslager und den dort Inhaftierten und die aus ihren Idealen und ihrem Märtyrertum zu ziehenden Lehren werden Deutschland zur Ehre gereichen und ihm die Anerkennung durch die benachbarten Nationen einbringen, die Opfer der nazistischen Barbarei wurden. Wir erinnern hier an die Rede des Präsidenten Roman Herzog, mit der er die Entscheidung bekannt gab, jedes Jahr den 27. Januar als Tag der Opfer des Nazismus zu begehen: 'So sehr die Auffassung von der Kollektivschuld des deutschen Volkes zurückgewiesen werden muß, da Deutsche ihr Leben, ihre Freiheit und ihre Gesundheit auf das Spiel setzen, im Kampf gegen den Nazismus, so sehr werden die Deutschen bei der Verantwortung genommen, wenn es darum geht, einerseits das Gedenken zu erhalten und andererseits darauf zu achten, daß die geschichtlichen Lehren in Bezug auf die gleichen Elemente Anwendung finden: die Demokratie, den Rechtsstaat, die Menschenrechte und die menschliche Würde'.

Zur Frage 5.:

Die Antwort auf diese Frage ergibt sich aus den oben entwickelten Argumenten. Man kann Wasser und Feuer nicht miteinander vergleichen.

Zur Frage 6.:

Die einzig mögliche Gestaltungsweise der Gedenkstätten nazistischer Konzentrationslager in Deutschland ist in der Resolution des Europäischen Parlamentes dargelegt.

Schlußfolgerung:

Aus den in unserer Vorbemerkung dargelegten Gründen und dem Wunsch, sich nicht in innerdeutsche politische Angelegenheiten einzumischen, sowie als Ausdruck unserer Weigerung, mit den Vertretern unserer Henker an einem Tisch zu sitzen, wie das Programm es vorsieht zwischen 17.30 Uhr und 18.30 Uhr, halten wir unsere Anwesenheit bei der Anhörung durch die Enquete-Kommission für überflüssig. Diese Erklärung wurde einstimmig vom Internationalen Komitee Buchenwald-Dora und Kommandos auf seiner Sitzung am 28. und 29. September in Blois, Frankreich, angenommen. Folgende Länder waren vertreten: Albanien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Estland, Frankreich, Israel, Italien, Kanada, Kroatien, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Rumänien, die Tschechische Republik, die Ukraine und Weißrußland. Die Vertreter Bulgariens, Luxemburgs, Rußlands, Sloweniens, Spaniens und Ungarns fehlten aus gesundheitlichen Gründen, die Vertreter von Australien und der USA aus Gründen der Entfernung. Ihr Einverständnis wurde dennoch eingeholt. Herr Romani Rose, Präsident des Kulturzentrums der Sinti und Roma in Deutschland, hat als Gast des IKBD den Verhandlungen beigewohnt und seine Zustimmung zu dem angenommenen Text ausgedrückt.

Die Teilnehmer haben einstimmig beschlossen, daß Herr Dr. Durand, Präsident des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Historiker, Frau Dunata Brzosko-Medryk, Friedenspreisträgerin der Stadt Aachen, Vertreterin Polens und der Häftlingsfrauen der Außenkommandos des Konzentrationslagers Buchenwald, Herr Willi Schmidt, einer der Vizepräsidenten des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und 1937-1945 in Buchenwald inhaftiert, sowie Herr Guy Ducoloné, ehemaliger Vizepräsident der Französischen Nationalversammlung, Präsident der interparlamentarischen Gruppe ehemaliger Deportierter und Widerstandskämpfer der Nationalversammlung sowie Präsident des französischen Häftlingsverbandes, an der Sitzung heute teilnehmen werden. Die Delegation wird sich nach Verlesen der Erklärung zurückziehen.“

Vorsitzender Siegfried Vergin: Vielen Dank Herr Dr. Durand. Ich möchte nur eine Bemerkung machen. Ich bedauere, neben vielen anderen Dingen, über die man diskutieren kann, daß bei Ihnen der Eindruck entsteht, daß die von uns eingeladenen Damen und Herren, die in der zweiten Runde mit uns diskutieren werden und die nachweislich alle Schicksale aus einer Diktatur heraus in ihrer Biographie haben, in Ihrem Schreiben als „Vertreter unserer Henker“ tituliert werden. Dies, glaube ich, ist eine Formulierung, die über alles hinausgeht, was einer sachlichen Diskussion dient.

Die zweite Anmerkung zur Sache. Natürlich wird die Enquete-Kommission in ihre Überlegungen auch einbeziehen, was das Europäische Parlament emp-

fiehlt, dies ist völlig klar. Mir wäre es heute lieber gewesen, wir hätten den Versuch unternommen, uns darauf zu einigen, daß es darum geht, aus dem, was in den Gedenkstätten jetzt deutlich werden muß, die Schlußfolgerung zu ziehen, gemeinsam alle Anstrengungen in die Richtung zu treiben, die einer demokratischen und freiheitlichen Entwicklung unseres Staates und der Europäischen Union dienen. Mehr kann ich im Augenblick als Präsident der Veranstaltung nicht sagen, aber ich glaube, die Enquete-Kommission hat von mir jetzt erwartet, daß ich zu diesen wichtigsten Punkten Stellung nehme für die Kommission selbst.

Wir haben jetzt vier Wortmeldungen. Den Herrn Abgeordneten Meckel, Herrn Prof. Weber, Herrn Moreau, Herrn Dr. Fricke.

[Zwischenruf an Herrn Dr. Durand]

Dr. Pierre Durand: Also ich muß logisch sein, die internationale Versammlung der ehemaligen Häftlinge hat beschlossen, daß wir nicht an der Diskussion teilnehmen und Sie werden mich nicht in Widerspruch mit mir selbst und mit den getroffenen Entscheidungen bringen wollen. Ich habe vorhin gesagt, daß wir uns nach unserem Beitrag zurückziehen werden. Deswegen ziehen wir uns jetzt auch zurück. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit, die Sie dem entgegenbringen, was ich sage.

[Dr. Pierre Durand und Dr. Danuta Brzosko-Medryk verlassen das Podium]

Abg. Markus Meckel (SPD): Es tut mir sehr leid, was hier vorgefallen ist. Es macht deutlich, wie wenig es uns möglich ist, wirklich miteinander zu reden, und genau dieses Miteinanderreden ist angesichts dieser Situation, auch dieser historischen Situation – wie ich glaube – besonders dringlich. Ich gehöre zu denen – und nicht allein, sondern sehr viele, auch im Deutschen Bundestag, die es ebenfalls für beschämend halten, daß viele Fragen der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit bis heute nicht angemessen in Deutschland aufgearbeitet sind. Es gibt Opfergruppen, die bis heute nicht angemessen berücksichtigt, entschädigt und geehrt werden. Ich denke an zwangssterilisierte Frauen, ich denke an Deserteure, ich denke an die polnischen Frauen, die im KZ Ravensbrück Opfer medizinischer Versuche waren, manche andere ließen sich zusätzlich hier nennen.

[Zwischenruf: Homosexuelle!]

Ja, auch Homosexuelle, das sage ich sehr deutlich und sehr gerne füge ich das hinzu. Aber ich glaube, es ließen sich auch noch weitere nennen. Ich denke, hier gibt es eine politische Aufgabe, vor der wir stehen und vor der wir besonders auch im Bundestag stehen. Eine Aufgabe, zu der ich mich bekenne. Das zweite, das ich ansprechen möchte, ist in diesem Horizont das, was Herr Bubis angesprochen hat; die Notwendigkeit, nicht den gleichen Fehler zu machen, von dem man sagen muß, daß er in beiden deutschen Staaten – so bewußt sage ich es – in der Aufarbeitung des Nationalsozialismus gemacht worden ist. Im Osten, indem man den Antifaschismus instrumentalisiert hat, und im Westen,